

Weltverfolgungsindex 2022

Entwicklungen und Schwerpunkte

Inhalt

1. Sieg der Taliban gibt Islamisten Auftrieb – Afghanistan vor Nordkorea auf Rang 1

2. Weltweite Bedrohung und Vertreibung von Christen nimmt zu

3. Chinas Modell einer ideologischen und zentralisierten Kontrolle der Religion wird exportiert

4. Autoritäre Regierungen und Kriminelle nutzen COVID-Beschränkungen für Druck auf Kirchen

Die Verfolgung und Diskriminierung von Christen hat sich weltweit verschärft, in Afrika mit hohem Tempo. Das wird im neuen Weltverfolgungsindex deutlich, der die 50 Länder mit der stärksten Christenverfolgung auflistet. Die 50 Länder sind den Rubriken »extreme Verfolgung« (81–100 Punkte) und »sehr hohe Verfolgung« (61–80 Punkte) zugeordnet. Davon sind aktuell mehr als 312 Millionen der insgesamt dort lebenden rund 737 Millionen Christen betroffen. In 26 weiteren Ländern leiden Christen unter einem zumindest hohen Maß (41–60 Punkte) an Verfolgung und Diskriminierung. Weltweit sind demnach mehr als 360 Millionen Christen einem hohen bis extremen Maß an Verfolgung ausgesetzt. Die Intensität der Verfolgung und damit die Positionierung auf dem Weltverfolgungsindex lässt sich jeweils an der Gesamtpunktzahl für ein Land ablesen.

Christen in mehr als 76 Ländern wird durch ihre Regierungen, extremistische religiöse und politische Gruppierungen und/oder religiöse Führer ihr Recht auf die freie Ausübung ihres Glaubens – privat wie auch öffentlich und in Gemeinschaft – verweigert. Sie werden diffamiert, schikaniert, inhaftiert, geschlagen, vertrieben und ermordet, weil sie sich zu Jesus Christus bekennen. Im Berichtszeitraum 1. Oktober 2020 bis 30. September 2021 des neuen Weltverfolgungsindex stieg die Zahl der wegen ihres Glaubens getöteten Christen auf 5.898, gegenüber 4.761 Christen im Vorjahr. Von den 5.898 dokumentierten Fällen sind 4.650 bzw. 79 % allein Nigeria zuzurechnen, an zweiter Stelle folgt Pakistan mit 620 ermordeten Christen. In China wurden erneut die meisten Kirchen oder Kirchen zugehörige Gebäude entweder geschlossen oder zerstört, rund 3.000 von etwa 5.100 weltweit.

1. Sieg der Taliban gibt Islamisten Auftrieb – Afghanistan vor Nordkorea auf Rang 1

Der Sieg der Taliban bestärkt extremistisch-islamische Gruppierungen in Afrika und Asien in ihrem Ziel, auch andere Regierungen zu stürzen und Länder einzunehmen. Christen in Afghanistan, die entdeckt werden, droht die Ermordung. Deshalb sind viele in Nachbarländer geflohen, wo sie als Christen mit muslimischem Hintergrund und nicht anerkannte Flüchtlinge derzeit unter schwierigsten Bedingungen und großer Gefahr leben. Christliche Mädchen und Frauen drohen vergewaltigt oder zwangsverheiratet zu werden.

Seit vielen Jahren leiden Christen in Afghanistan und Nordkorea gleichermaßen unter extrem hohem Druck in allen untersuchten Lebensbereichen. Durch die Machtübernahme der Taliban ist das Ausmaß der Gewalt gegen christliche Konvertiten, die als vom Islam Abgefallene gelten, nun extrem hoch. Afghanistan nimmt somit die Position 1 des Weltverfolgungsindex ein, während Nordkorea erstmals nach 20 Jahren auf Rang 2 fällt, ohne dass sich die Situation für Christen verbessert hat. Vielmehr hat ein neues

»Gesetz gegen reaktionäres Gedankengut« zur Entdeckung von Hauskirchen und Verhaftung von Christen geführt.

Die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan wurde von islamischen Extremisten weltweit gefeiert, beispielsweise im Nachbarland Pakistan (# 8). Verbindungen zu den Taliban hat etwa auch die Organisation Jemaah Islamiyah in Indonesien (# 28), die 2002 die Anschläge auf Bali verübte.

In Afrika operieren islamistische Gruppen zumeist in Ländern mit korrupten sowie schwachen Regierungen und Verwaltungen. Für islamistische Gruppen ist es nur eine Frage der Zeit, bis die ausländischen Streitkräfte, die den Kampf gegen sie unterstützen, abziehen. Ein Beispiel dafür ist die Miliz al-Shabaab, die seit zehn Jahren gegen die Regierung Somalias (# 3) und ihre Verbündeten (Truppen der Afrikanischen Union) kämpft. Dort gibt es eine kleine verstreute »Untergrundkirche«, wie in Afghanistan.

In Afrika südlich der Sahara (SSA) gibt es weiterhin die meiste Gewalt gegen Christen. In der Demokratischen Republik Kongo (DRK / # 40) führen die Allied Democratic Forces (ADF) seit Jahren Angriffe gegen Christen durch und haben sich mit der Gruppe »Islamischer Staat« verbündet. Das Land gehört zusammen mit der Zentralafrikanischen Republik (# 31) und Nigeria (# 7) – das erneut die höchstmögliche Punktzahl für Gewalt aufweist – zu den zehn Ländern mit dem höchsten Gewaltaufkommen gegen Christen. In diesem Jahr hat sich erneut gezeigt, dass Christen und andere Minderheiten nicht mit dem Schutz der nigerianischen Regierung rechnen können. Bei Angriffen auf Hochschulen, Schulen, Kirchen und ganze Dörfer sowie auf Gemeindeleiter werden Christen entführt, verwundet oder

getötet; zudem werden Lebensgrundlagen zerstört. Die Angriffe geschehen zumeist durch militante Fulani-Hirten, aber auch durch Islamisten von Boko Haram und des IS Provinz Westafrika (ISWAP).

Mosambik (# 41) und Kamerun (# 44) gehören ebenfalls zu den 10 Ländern mit dem höchsten Gewaltaufkommen. Islamisten sind dort und im gesamten Tschadseebecken (Nigeria, Tschad, Kamerun und Süd-Niger) und in der Sahelregion (Mali # 24, Burkina Faso # 32 und West-Niger) tätig. Fünf dieser neun Länder in SSA standen 2014 nicht einmal auf dem Weltverfolgungsindex. (Der Tschad ist auf dem WVI 2022 nicht gelistet, sondern gilt als Land unter Beobachtung auf Platz 63).

2. Weltweite Bedrohung und Vertreibung von Christen nimmt zu

Nach Angaben des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) wurden im Jahr 2021 etwa 84 Millionen Menschen gewaltsam vertrieben, entweder innerhalb ihres eigenen Landes oder – 26 Millionen – über die Grenzen hinweg. Viele von ihnen sind Christen, die vor Verfolgung fliehen: Hunderttausende sind etwa in der Sahelzone (z.B. Burkina Faso, DRK) von islamistischer Gewalt betroffen oder fliehen vor Zwangsrekrutierung (Eritrea # 6), Bürgerkrieg (Sudan # 13), staatlicher Repression (Iran # 9) und/oder familiärer Unterdrückung aufgrund ihres Glaubens. Die überwiegende Mehrheit verbleibt in ihrer Region, als Binnenvertriebene oder als Flüchtlinge.

In Teilen Afrikas südlich der Sahara (einschließlich des Nordostens von Kenia) haben Untersuchungen gezeigt, dass die christliche Bevölkerung weitgehend verschwunden ist. In den letzten Jahren wurden in Burkina Faso, Mali und Niger (# 33) Hunderte von Kirchen geschlossen oder zerstört – allein in Nigeria kamen im aktuellen Berichtszeitraum 470 hinzu. Würden die Christen zurückkehren, ist davon auszugehen, dass sie erneut gewalttätigen Angriffen ausgesetzt wären.

Nach ihrer Vertreibung und auf der Flucht drohen ihnen Erpressung, Menschenhandel, Vergewaltigung und Inhaftierung. Dies gilt umso mehr, wenn sie jemals Libyen (# 4) erreichen.

In weiteren Ländern von Subsahara-Afrika und Asien sehen Christen sich gezwungen, ihre Heimat zu verlassen, um der ständigen Diskriminierung sowie dem Druck im juristischen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich

zu entkommen. Die ständige Abwanderung schwächt die bestehenden Kirchengemeinden.

In Syrien (# 15) und Jordanien (# 39) sowie im Irak (# 14) und Libanon leben Christen weiterhin in Flüchtlingslagern. Sie berichten, dass sie dort sehr gefährdet sind: Bereits in ihren Herkunftsländern gehörten sie einer Minderheit an, und wurden dort wie nun auch hier von den Behörden diskriminiert (vor allem, wenn sie einen muslimischen Hintergrund haben). Ihnen wird sogar humanitäre und andere praktische Hilfe verweigert. Dies ist auch in mehreren Flüchtlingsunterkünften in Europa geschehen.

Christliche Frauen berichten, dass sie Verfolgung am häufigsten in Form sexueller Übergriffe erfahren. Laut Forschern des Weltverfolgungsindex liegen Berichte von Frauen und Kindern vor, die Belästigungen, Vergewaltigungen, sexueller Sklaverei und mehr ausgesetzt waren; sowohl in den Lagern als auch auf der Flucht dorthin. Armut und Unsicherheit erhöhen ihre Verletzlichkeit; einige werden zur Prostitution gezwungen, um zu überleben. Viele christliche Flüchtlinge meiden deshalb die Lager, was jedoch bedeutet, dass sie nie registriert werden und somit keinen Anspruch auf Nahrungsmittelhilfe, Trauma-Unterstützung und andere Hilfen haben. Ihre Kinder haben deshalb möglicherweise auch keinen Zugang zu Bildung.

In Myanmar (# 12) ist der mehrheitlich von Christen besiedelte Chin-Staat von Konflikten betroffen, aber auch Christen in anderen Landesteilen (z. B. in den Staaten Kachin, Karen und Shan). Das burmesische Militär bombar-

dierte Kirchen und tötete oder verhaftete auch Pastoren. Forschungen zufolge wurden im aktuellen Berichtszeitraum

200.000 Christen vertrieben und weitere 20.000 von ihnen sind aus dem Land geflohen.

3. Chinas Modell einer ideologischen und zentralisierten Kontrolle der Religion wird exportiert

Chinas (# 17) infrastrukturelle Initiative »Neue Seidenstraße« schließt auch die Komponente der »digitalen Technologie« ein. Damit nehmen die wirtschaftliche Stärke und der Einfluss Chinas weiter zu, genauso aber auch der chinesisch-kommunistische Nationalismus. Die dafür erforderliche soziale Stabilität will das Regime mit Anordnungen von oben her erreichen, und nicht etwa durch Wahl- und Redefreiheit oder durch Freiheit im Bereich Religion und Glauben. Religiöse Leiter in China wissen, dass sie sich anpassen müssen. Neue Vorschriften vom Mai 2021 – in Fortsetzung der Vorschriften vom Februar 2018 und Februar 2020 – verlangen von ihnen, dass sie »das Vaterland lieben sowie die Führung der Kommunistischen Partei und das sozialistische System unterstützen«. Sie werden daraufhin überprüft, ob ihre Aktivitäten »die nationale Sicherheit gefährden, die nationale Einheit untergraben und das Land spalten«. Gleichzeitig schränken neue Vorschriften den Umfang der Kontakte von Bürgern mit im Land befindlichen Ausländern ein.

Durch immer striktere staatliche Regeln sind zahlreiche christliche Inhalte und nahezu alle Bibeln aus dem Netz verschwunden. Die Regierung gestattet den Verkauf von gedruckten Bibeln nur über die staatlich kontrollierte Drei-Selbst-Kirche, nachdem sie im Jahr 2018 den Kauf von Bibeln über das Internet verboten hatte. Chinas Christen hatten deshalb vermehrt Bibel-Apps genutzt, die zudem weitere Studienressourcen anbieten und Gottes Wort jederzeit und überall zugänglich machten. Inzwischen sind auch Bibel-Apps und damit verbundene Online-Ressourcen blockiert. Mehrere Buchhändler an verschiedenen Orten, die noch christliche Literatur angeboten hatten, wurden zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.

In ebenfalls kommunistisch geprägten Ländern Amerikas wurde die Covid-Pandemie weiterhin als Vorwand benutzt, um die Kirchen zu überwachen und ihnen stärkere Beschränkungen aufzuerlegen. In Kuba (# 37) wurden nach Massenprotesten im Juli katholische und protestantische

Leiter, die sich für soziale Gerechtigkeit einsetzten, verhaftet, gefoltert und mit hohen Geldstrafen belegt. Auch in Nicaragua (# 61) und Venezuela (# 65) förderten die Regierungsparteien Verleumdungskampagnen gegen katholische Bischöfe, annullierten Registrierungsgenehmigungen und schlossen Kirchen.

Das »chinesische Modell«, jedoch verknüpft mit anderen Ideologien oder Religionen, wird in jüngster Zeit in so unterschiedlichen Ländern wie Sri Lanka (# 52), Myanmar und Malaysia (# 50) nachgeahmt, genauso aber auch in zentralasiatischen Staaten. In diesen Ländern wurden die die Beschränkungen für Andersdenkende im Rahmen von »Ein Land, ein Volk, eine Religion« verschärft.

Die hindu-nationalistische Regierung in Indien (# 10) propagiert mit ihrer Hindutva-Ideologie in ähnlicher Weise, dass Inder auch Hindus sein müssen. Die Christen leiden in sehr hohem Maß unter Diskriminierung durch die Gesellschaft, die ihnen gegenüber immer misstrauischer wird, befeuert durch die Medien und sozialen Netzwerke [siehe dazu den [Indien-Bericht](#) von Open Doors]. Hinduistische Gruppen verbreiten und verüben weiter Gewalt gegen Christen in extrem hohem Maß und üben Druck in allen Lebensbereichen aus. Die Regierung unter Modi lässt Täter oft straffrei, was der Aufstachelung zu Hass und Gewalt gegen Christen zusätzlich Raum gibt.

Wo sich Autoritarismus mit dem Islam verbindet, leiden die Christen sehr schwer. Die Unsicherheit für sie in der MENA-Region (Middle East/ North Africa) seit dem Arabischen Frühling 2011 rührt auch daher, dass diktatorische Maßnahmen gegen die historischen und weitere etablierte Kirchen sowie insbesondere gegen christliche Konvertiten mit islamischem Hintergrund fortgesetzt werden. Algeriens (# 22) Regierung beispielsweise hat in diesem Jahr die Schließung von weiteren protestantischen Kirchen angeordnet, derzeit sind 16 Kirchen geschlossen.

4. Autoritäre Regierungen und Kriminelle nutzen COVID-Beschränkungen für Druck auf Kirchen

Chinas rasche und drakonische Reaktion auf COVID-19 ist gut dokumentiert. In einigen Regionen, in denen keine Beschränkungen mehr nötig waren, mussten jedoch viele der staatlich anerkannten Drei-Selbst-Kirchen sowie der nicht-registrierten Kirchen geschlossen bleiben. Die Christen trafen sich deshalb in Wohnungen oder online und formten kleinere Zellgruppen. Berichten aus den Provinzen Henan und Jiangxi zufolge sind alle staatlich genehmigten religiösen Einrichtungen mittlerweile mit Überwachungskameras ausgestattet.

Die während der Pandemie getroffenen Maßnahmen des Regimes lieferten offenbar ausreichend Hinweise dafür, dass die Überwachung durch digitale Technologie innerhalb des Landes sehr gut funktioniert. Seitdem ist sie weltweit gefragt, nicht zuletzt bei anderen autoritären

Regierungen. In Vietnam (# 19) beispielsweise nutzten staatliche und nichtstaatliche Akteure die Pandemie, um Kirchen zu verleumden und leiteten strafrechtliche Ermittlungen gegen eine Kirche ein.

Von Westafrika bis Mittelamerika nutzten islamistische und/oder organisierte kriminelle Gruppen die Fokussierung von Regierungen auf die Bekämpfung der Pandemie dazu, ihre Macht und territoriale Kontrolle weiter zu festigen und/oder auszuweiten. Dazu wurde bereits umfangreich im Rahmen der Veröffentlichung des Weltverfolgungsindex 2021 berichtet.

Weitere Informationen und ausführliche Länderprofile finden Sie unter: www.weltverfolgungsindex.de

Open Doors Deutschland e.V.

Postfach 11 42 · 65761 Kelkheim

T 06195 6767-0

E info@opendoors.de · I www.opendoors.de

Pressebüro

T 06195 6767-180

E pressebuero@opendoors.de